

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 20/3700

GEW-STELLUNGNAHME DUALES LEHRAMTSSTUDIUM IN SH ERMÖGLICHEN

Die GEW Schleswig-Holstein bedankt sich beim Bildungsausschuss, zu den nachstehenden Anträgen Stellung beziehen zu dürfen:

- Antrag der FDP-Fraktion (Drucksache 20/2210):
Duales Lehramtsstudium in SH ermöglichen
- Alternativantrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 20/2264): Lehrkräftestudium weiterentwickeln und eine bessere Verzahnung von Studium und Vorbereitungsdienst ermöglichen

Duales Lehramtsstudium

Da die GEW sich seit langem für eine einphasige Lehrkräfteausbildung ausspricht, begrüßen wir die grundsätzliche Absicht, die Ausbildung von Lehrkräften in diese Richtung weiterzuentwickeln. Wichtig an dieser Stelle ist die Verzahnung von Fachdidaktik, Fach und Pädagogik auf gleichbleibend hohem Niveau. Es gab im Bereich der beruflichen Schulen bereits das Konzept eines dualen Studiums, das bundesweite Beachtung erfahren hatte. Mit dem Übergang des SHIBB ins Wirtschaftsministerium wurde dieses System leider wieder eingestellt, so dass nun kein geeignetes Modell mehr existiert, von dessen Konzeption und Praxiserfahrung man an dieser Stelle hätte profitieren können.

Der duale Masterstudiengang Sonderpädagogik ist neu konzipiert worden, weil deutlich wurde, dass die Anforderungen nicht zu erfüllen waren. Für duale Studiengänge muss es deshalb eine echte Verzahnung der Inhalte der ersten und zweiten Phase geben. Ein rein additives Zusammenlegen bei verkürzter Zeit führt zwangsläufig zu Überforderung und fährt das Modell an die Wand. Dies ist unbedingt zu vermeiden.

Im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen von jungen Menschen, die ihren Dienst an verschiedenen Stellen des Landes ausüben, muss das Land kostengünstige Unterkünfte am Unterrichtsort zur Verfügung stellen. Zur Reduzierung unnötiger Fahrtzeiten sollten gerade theoretische Ausbildungsinhalte verstärkt online stattfinden.

Bessere Bedingungen für den Vorbereitungsdienst

Eine bessere Verzahnung der ersten und zweiten Phase der Lehrkräfteausbildung ist eine erste Möglichkeit, mehr Praxisanteile schon früher in der Lehrkräfteausbildung zu verankern. Sie lässt sich zudem kurzfristiger umsetzen als eine Dualisierung der Ausbildung. Für wichtig erachten wir darüber hinaus schon jetzt, die Bedingungen im Vorbereitungsdienst generell zu verbessern. Dazu muss das Land die Anwärter*innenbezüge auf 60 % des Einstiegsgehalts anheben, die Betreuung verbessern und die Belastung senken. Diese Maßnahmen würden

sich spürbar auf die zu hohe Abbruchquote auswirken. Um Wartezeiten auf den Vorbereitungsdienst zu verhindern, muss das Land die Ausbildungskapazitäten weiter ausbauen und Laufbahnwechsel vereinfachen.

Handlungsplan Lehrkräftegewinnung umsetzen

Die GEW Schleswig-Holstein befürwortet vor diesem Hintergrund vor allem Maßnahmen, die die Durchlässigkeit zwischen Lehramtsstudiengängen und anderen Masterstudiengängen steigern. Ein großes Potenzial scheint sich besonders unter fortgeschrittenen Bachelorstudierenden finden zu lassen, die den Pfad einer Karriere in der Wissenschaft oder Privatwirtschaft zwischenzeitlich verworfen haben und einen niedrigschwelligen Zugang zum Lehrberuf als eine mögliche Alternative sehen.

Ein-Fach/Doppelfach-Studiengänge sind in der aktuellen Lage des Lehrkräftemangels ein Vehikel, um mehr Lehrkräfte in den Schuldienst zu bringen. Wir weisen nachdrücklich darauf hin, dass das Land diesen Ein-Fach/Doppelfach-Lehrkräften die gleiche Bezahlung wie regulären Lehrkräften gewähren muss und ihnen keine schlechteren Arbeitsbedingungen aufbürden darf.

Die weitere Umsetzung des Handlungsplans für Lehrkräftegewinnung, den der Alternativantrag stärkt, halten wir für dringend geboten. Wir sehen zudem weitere Möglichkeiten, mehr Menschen für das Lehramt zu gewinnen. Gerne würden wir uns noch stärker in die aktuellen Diskussionen einbringen. Daher fordern wir, die GEW Schleswig-Holstein zu den Sitzungen der Allianz für Lehrkräftegewinnung einzuladen. Das würde dazu führen, praxistaugliche, die Interessen der Beschäftigten berücksichtigende Vorschläge frühzeitig in der Diskussionen zu verankern.

DaZ als Unterrichtsfach

Die GEW fordert schon lange die Einführung eines Faches „Deutsch als Zweitsprache“. In anderen Bundesländern (zum Beispiel Sachsen) wurde Deutsch als Zweitsprache längst als Unterrichtsfach etabliert und Lehrpläne für das Fach entwickelt. Es gibt bereits curriculare Grundlagen, die durchaus zu Fachanforderungen für DaZ erweitert werden können. Es wäre also machbar, DaZ endlich als vollwertiges Fach anzuerkennen. Dies bietet auch insbesondere für aus dem Ausland stammende Lehrkräfte die Chance, ein zweites Fach zu erhalten.

Anpassungslehrgang verbessern

Die Anforderungen des Anpassungslehrgangs für ausländische Lehrkräfte sind sehr hoch. Wir begrüßen es, dass dieser evaluiert werden soll und fordern, diese Evaluierung schnellstmöglich umzusetzen. Aktuell sehen sich Lehrkräfte sehr schnell mit benoteten Unterrichtsbesuchen in einem ihnen fremden System konfrontiert. Dies führt häufig zu schlechten Noten und zu einem frühzeitigen Nicht-Bestehen des Lehrgangs. Wir fordern alle ausländischen Lehrkräfte vor Beginn des Lehrgangs für ein halbes Jahr als bezahlte Unterstützungslehrkräfte einzusetzen, um die spätere Erfolgsaussicht für das Bestehen des Anpassungslehrgangs zu erhöhen. Entsprechende Fristen für den Lehrgang müssen dem angepasst werden.

Drittes Unterrichtsfach

Als Möglichkeit, dem Mangel in bestimmten Unterrichtsfächern zu begegnen, wird die Weiterqualifizierung für ein drittes Unterrichtsfach vorgeschlagen. Diesen Vorschlag halten wir für pragmatisch geboten, sehen ihn aber kritisch. Damit einhergehende zusätzliche Belastungen der Kolleg*innen müssen vermieden werden, indem eine entsprechende Anpassung der wöchentlichen Unterrichtszeit erfolgt.

Nur mit guten Bedingungen gewinnt man Lehrkräfte!

Da der Lehrkräftemangel ein bundesweites Thema ist, halten wir es für wichtig, auch bundesweit die Attraktivität des Berufs zu steigern. Das gelingt vor allem durch gute Arbeitsbedingungen. Es darf nicht sein, dass es zu einem Bieterwettbewerb unter den Bundesländern kommt.